



Landkreis Peine  
Herrn Landrat  
Franz Einhaus  
Burgstraße 1  
31224 Peine

01.07.2014

**Sehr geehrter Herr Landrat,**

hiermit stellt die CDU-Kreistagsfraktion Peine folgenden **Antrag** für die nächstmögliche Kreistagssitzung zum Bereich „**Ausweitung des Kiesabbaus im Landschaftsschutzgebiet bei Wipshausen**“:

Der Kreistag beschließt:

Die Ausweitung des Kiesabbaus im Landschaftsschutzgebiet bei Wipshausen wird befürwortet und unterstützt.

Dabei wird davon ausgegangen und sichergestellt, dass vertraglich verbindlich vereinbart wird, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommunen und den Naturschutzverbänden im Nachhinein für eine optimale Nutzung im Sinne des Naturschutzes Sorge zu tragen.

Begründung:

Obwohl die Medien in ihren Verlautbarungen für die Öffentlichkeit für einen kurzen Zeitraum den Eindruck hinterließen, die Diskussion und die Entscheidungsabläufe rund um das Thema „Ausweitung des Kiesabbaus im Landschaftsschutzgebiet bei Wipshausen“ seien nun beendet, ergeben die konkreten Recherchen ein anderes Bild.

Abgesehen von der Frage, ob in einem Berufungsfall nicht neue sachdienliche Fragen, wie z. B. die fehlende offizielle, behördliche „**Umweltverträglichkeitsprüfung**“ zu anderen gerichtlichen Entscheidungspositionen führen könnte, abgesehen von der immer noch sehr aktuellen Problematik, wegfallende, ca. 50 Arbeitsplätze in Kauf nehmen zu müssen, und abgesehen von der kommunalpolitischen Chance, die Vereinbarkeit von Rohstoffgewinnung und die verstärkte Umsetzung von Naturschutzziele zu nutzen, muss endlich ein klarer, formaler und

demokratisch nachvollziehbarer Ablauf durch die politisch vorgeschriebenen Gremien gewährleistet und umgesetzt werden.

Während einzelne, wenige Vertreterinnen und Vertreter aus allen Parteigruppierungen sich für die Umsetzung des o. g. Ausweitungsgebietes aussprechen und aussprechen, scheinen die Aussagen mehr oder minder „befangener“ Personen im Augenblick noch die Diskussion zu bestimmen oder grundsätzliche Koalitionsabsprachen für Unbeweglichkeit sorgen.

Abgesehen vom vorliegenden ablehnenden Beschluss des Verwaltungsgerichts in Braunschweig fehlt u. E. die aktuelle formale Entscheidung der zuständigen Gremien des Landkreises Peine. Dieses muss umgehend nachgeholt werden und darf nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen, obwohl es sich ohne Bedrückung gut in der Vereinbarkeit von Natur und Wirtschaft umsetzen ließe.

Mit freundlichen Grüßen



-Hans-Werner Fechner-  
Fraktionsvorsitzender